

Wilsdruffer Tageblatt

Zernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilt wird mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzahlung monatlich 4 Mk., durch andere Aufträge zahlungen in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 13,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten werden sofort beantwortet. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 4 Mk. für die 6 gezeichneten Hauptstellen oder deren Raum, Lokalpreis 60 Pfg., Restraum 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte 3 Mk., 3. Spalte 2 Mk., 4. Spalte 1,50 Mk., 5. Spalte 1,20 Mk., 6. Spalte 1,00 Mk. Bei Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte 3 Mk., 3. Spalte 2 Mk., 4. Spalte 1,50 Mk., 5. Spalte 1,20 Mk., 6. Spalte 1,00 Mk. Bei Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte 3 Mk., 3. Spalte 2 Mk., 4. Spalte 1,50 Mk., 5. Spalte 1,20 Mk., 6. Spalte 1,00 Mk. Bei Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte 3 Mk., 3. Spalte 2 Mk., 4. Spalte 1,50 Mk., 5. Spalte 1,20 Mk., 6. Spalte 1,00 Mk.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichtes Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inserententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 9.

Mittwoch den 12. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Donnerstag den 13. Januar 1921 abends 7 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.
Wilsdruff, am 10. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Kartoffelverkauf am 12. Januar 9—11 und 1—4 Uhr neue Schule, linker Warenbezugschein Nr. 12 je 10 Pfd., Preis das Pfd. 35 Pfg. Wilsdruff, am 11. Januar 1921. 1788 Der Stadtrat. — Kriegswirtschaftsstelle.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Nach neueren Entscheidungen ist die für den 15. d. M. geplante Wiederaufnahme der Wehrerklärungen der Wehrerklärer bis nach der am 19. d. M. stattfindenden Zusammenkunft der Minister der Entente mündlich vertagt worden.
- * Die Volksabstimmung in Bremen ergab eine starke bürgerliche Mehrheit.
- * Die italienische Regierung hat jetzt ebenfalls das Verbot der Ausfuhr von Eisenwaren aufgehoben.
- * Die Senatswahlen in Frankreich sind günstig für den Ministerpräsidenten Leclercq ausgefallen.
- * Zum Vizekönig von Indien ernannte der König von England den Lord Reading.
- * Der kalifornische Senat fasste einen Beschluss gegen jede Erleichterung japanischer Einwanderung.

Alarm!

Während die deutsche Regierung sich abmüht, an den Entscheidungen des Obersten Rates für Oberschlesien wie an den Bestimmungen der Interalliierten Kommission in Dypeln wenigstens die allergrößten Begünstigungen der Polen nach Möglichkeit abzuschwächen, geben die Polen offensichtlich darauf an, hinter den Kulissen Tatsachen zu schaffen, mit denen sich ungleich mehr erreichen lässt, als mit Protesten und Stimmzetteln. Alle Nachrichten, die der deutschen Regierung in den letzten Tagen und Wochen zugekommen sind, bestätigen die Überführung starker Truppenkörper von der Volkswirtschaft im Osten an die polnische Westgrenze, wo sie zur unmittelbaren Bedrohung Oberschlesiens aufgestellt werden. Noch vor drei Monaten war der ganze Grenzzug von Danzig hinunter bis Blaua mit ganzen 7500 polnischen Grenzwachregimenten besetzt, jetzt sind daraus allein an der ober-schlesischen Grenze durch Aufbietung irregulärer Truppenkörper 17 000 Mann geworden. Darüber hinaus aber ist in der Provinz Posen eine Reserve-Infanteriebrigade von drei Regimentern neu hinzugekommen, und dicht jenseits der ober-schlesischen Grenze sind von der russischen Front zwei, ferner in Westpreußen anderthalb Divisionen festgelegt worden, so daß hier bereits eine Stärke von 100 000 Mann erreicht ist. Rechnet man hinzu, was an weiteren Truppen unterwegs ist, so muß mit einer Gesamtstärke von 170 000 Mann gerechnet werden.

Damit hat Polen jederzeit die Macht, die deutsche Grenze zu überrennen, und daß es auch den Willen dazu hat, unterliegt nach gewissen Offiziersreden, über die in der Ententepresse kürzlich ganz offen berichtet wurde, nicht dem geringsten Zweifel. Ebenso müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß mit diesen ziemlich offenen Kriegsvorbereitungen in Warschau gewisse geheime Aufstandsbereitungen der polnischen Kampforganisationen in Deutschland Hand in Hand gehen. Die Gefahren, die durch alle diese Maßnahmen heraufbeschworen wurden, werden von der deutschen Regierung als so unmittelbar drohend empfunden, daß sie die fremden Mächte bereits durch ihre Vertreter auf den Ernst der Lage aufmerksam machen ließ. Dieser Schritt war auch in der Tat ein so notwendiger, als den 170 000 Polen ganze 10 000 Franzosen und 3000 Italiener gegenübersehen, die Polen also im Ernstfalle von dieser Seite her keinen nennenswerten Widerstand finden würden. Es kommt hinzu, daß die Franzosen ja, wie bekannt, sich auch in Oberschlesien als die intimsten Verbündeten der Polen fühlen und es deshalb sicherlich ablehnen würden, gegen sie zu kämpfen. Die gewaltige „Streitmacht“ der Italiener hat General Lerond aber vorfolgerweise bereits auf das Anse Oberufer hinübergeschoben, so daß sie erst dann in Aktion treten könnte, wenn auf dem rechten Ufer die Entscheidung längst gefallen wäre.

Bei dieser Sachlage entzieht die gar nicht ernst genug zu nehmende Frage, wie die ober-schlesischen Schutzrechte noch auf einen ruhigen Verlauf der Abstimmung rechnen können, wenn sie nicht vorher noch, und zwar mit aller Bestimmtheit, für einen gründlichen Wandel der Verhältnisse Sorge tragen. Die deutsche Regierung wird es an nachdrücklichen Aufforderungen dazu nicht fehlen lassen. Aber wir schönen Nebenart, wie wir sie kürzlich noch von Herrn Lerond zu hören bekamen, wird es nicht mehr genau sein. Die Polen sind wohl auch in den Klüben der Entente dafür bekannt, daß sie es lieben, vollendete Tatsachen zu schaffen, wo andere Leute sich auf ihr Recht und nur auf ihr Recht verlassen zu können meinen. Die Leben des ungleich nachlässigeren Glaubens, daß Rechte auch durch rechtswidrige Tatsachen erzeugt werden können, daß, wenn und wo sie sich einmal, zu Recht oder zu Unrecht, festgesetzt haben, keine Gewalt der Erde sie wieder beseitigen werde, besonders wenn es in der Zwischenzeit ihren

Staatspräsidenten Pilsudski bei seinem Pariser Besuch gelingen sollte, Frankreichs Schicksal noch enger als bisher schon an das Schicksal des Polenreiches zu binden.

Dann könnten England und Amerika noch so unwillig die Stirn ruzeln, die Polen würden es schon verstehen, zu bleiben, wo sie sind oder zum mindesten einen Teil ihres gewaltigen „eroberten“ Besitzes gegen andere ihnen gleichfalls nicht zuletzende Wertobjekt einzutauschen. Und schlimmstenfalls, wenn sie ganz sicher gehen wollen, brauche nur einer ihrer Generale dazu bestimmt werden, in Oberschlesien die gleiche Rolle zu übernehmen, wie sie dem General Salaschewicz im vorigen Jahre für Weißrussland übertragen wurde — dann kann man in Warschau abermals seine Hände in Unschuld waschen und sich doch darauf verlassen, daß die dieser d'Annunzio für Polen aus Oberschlesien alles nur irgendwie Erreichbare schon herauszuholen wird. Kurz, die Polen spielen auch jetzt wieder ein gewagtes Spiel, aber sie tun es nur im Vertrauen auf die Nachsicht, ja auf das kläglichende Einverständnis ihrer Freunde in der Entente, und wenn sie in dieser Beziehung nicht rechtzeitig von Paris oder doch wenigstens von London her einen Winkern bekehrt werden, so kann die Katastrophe schon heute oder morgen über uns hereinbrechen.

Wer dazu beitragen kann, dieses neue Kriegsumfeld von Europa abzuwenden, der soll es tun, ehe es zu spät wird. Die Folgen würden schlimmer sein, als Menschenweisheit sich heute wohl noch träumen läßt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kampf um die Dieselmotoren hat zu einer neuen deutschen Note an die Entente geführt. Es heißt darin u. a.: „Die Volkshauptmannschaft hat ihren Wunsch an zwei Bedingungen geknüpft. Sie verlangt erstens am 31. März 1921 einen Bericht über den Standort und Verwendung aller Dieselmotoren, die am Tage des Waffenstillstandes in U-Booten zugeteilt oder von der deutschen Regierung für U-Boote bestellt gewesen sind. Zweitens fordert sie, daß in der Zwischenzeit der Kontrollkommission die Kontrolle über die Verwendung der Motoren dieses Typs in jeder Weise erleichtert werde. Die deutsche Regierung ist bereit, diese beiden Forderungen zu erfüllen, nicht weil sie eine Verpflichtung dazu anerkennen könnte, sondern, weil sie keinen Grund hat, die Art der Verwendung dieser Maschinen geheimzuhalten, und weil sie den allierten Mächten beweisen will, daß der deutsche Dieselmotor in der Tat ein Friedenswerkzeug ist.“

Senator McCormick über Oberschlesien. Senator McCormick, der Freund des neuen amerikanischen Präsidenten, der kürzlich Deutschland bereiste, erklärte einem Pariser Journalisten, wenn die Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens ausfallen würde, so glaube er auf Grund der Vespörungen, die er in Berlin gehabt habe, daß Deutschland diese Entscheidung nur unter dem Druck der Gewalt annehmen werde. McCormick hat weiter gesagt, daß ein für Deutschland günstiges Abstimmungsresultat zweifellos die deutsche Produktionskraft beträchtlich erhöhen werde, und daß infolgedessen in diesem Falle die Gläubiger Deutschlands ein Recht hätten, höhere Forderungen auf dem Gebiete der Wiedergutmachung zu stellen.

Amnestierung des Oberleutnants Vogel. Oberleutnant Vogel, der im Zusammenhang mit der Tötung von Liebknecht und Rosa Luxemburg im Mai 1919 vom Kriegsgericht zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden war, und der sich der Verbüßung der Freiheitsstrafe durch die Flucht nach Holland entzogen hatte, ist jetzt auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Gewährung von Straffreiheit amnestiert worden. Den Antrag auf Amnestierung hatte der Verteidiger Bogels gestellt, die Strafkammer des Landgerichts 2 hat ihn durch Beschluss vom 28. Dezember stattgegeben. Der Staatsanwalt hat gegen diesen Beschluss Beschwerde beim Kammergericht eingelegt. Eine Entscheidung auf diese Beschwerde ist noch nicht ergangen. Die Staatsanwaltschaft hat den Siedlerbrief noch nicht zurückgezogen. Vogel, dessen Angehörige von dem Verteidiger von dem Beschlusse der Strafkammer unterrichtet worden sind, ist bereits nach Deutschland zurückgekehrt.

Bürgerlicher Wahltag in Bremen. In Bremen fand am Sonntag eine Volksabstimmung über die Frage statt, ob die Bremer Stadtwehr — eine Selbstschutz-Organisation — beibehalten oder abgeschafft werden soll. Die sozialistische Mehrheit hatte die Abschaffung beschlossen, der Senat, der eine bürgerliche Mehrheit hat, hat sich geweigert, diesen Beschluss auszuführen. In der Stadt

Bremen wurden 153 071 Stimmen abgegeben, davon mit Nein 87 610, mit Ja 65 461. In Bremen Land wurden 6206 Stimmen abgegeben, davon mit Nein 3200, mit Ja 2992. In Vegesack stimmten 1568 mit Nein und 818 mit Ja, in Bremerhaven 6337 mit Nein und 4744 mit Ja. Das Gesamtergebnis ist eine sichere Mehrheit für die Beibehaltung der Stadtwehr. In 45 Tagen muß auf Grund dieser Abstimmung eine Neuwahl der Bürgerwehr stattfinden.

Italien.

Freigabe deutschen Eigentums. Die italienische Regierung hat eine Verfügung erlassen, derzufolge die italienische Regierung die von der deutschen Regierung mit Bezug auf italienisches Eigentum ergriffenen Maßnahmen befristet und auf das Italien nach dem Verträge von Versailles zustehende Recht der Beschlagnahme deutschen Eigentums verzichtet, soweit dessen Wert der gegenwärtigen Marktlage zu bemessender Wert die Summe von 50 000 Lire nicht übersteigt. Die Bewertung umfaßt lediglich das Eigentum deutscher Staatsangehöriger in Italien und den Kolonien; falls jedoch die deutschen Staatsangehörigen über größeres Eigentum im Auslande verfügen, so soll ihr in Italien befindlicher Kleinbesitz nicht freigegeben werden.

Rußland.

Kronstadt gegen Moskau. Die Näterregierung hat eine in Moskau eingetroffene Abordnung von Kronisten aus Kronstadt verhaftet, die mit der Regierung über die Regelung der Proviantzufuhr für die Garnison in Kronstadt und die Flotte verhandeln wollten. Zwischen den Bolschewiken in Kronstadt und der Näterregierung in Moskau scheint ein sehr gespanntes Verhältnis zu bestehen.

Oberschlesiens Schicksal.

„Besser in deutschen als in polnischen Händen.“

Die Londoner Wochenschrift „New Statesman“ tritt dafür ein, daß Oberschlesien, vom unparteiischen Standpunkt aus betrachtet, besser in deutschen Händen bleibe, als in polnische übergehe. Am durchschlagendsten seien die von Deutschland für das Verbleiben Oberschlesiens beim Reiche vorgebrachten wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Aus dem polnischen Argument, daß Deutschland auf Grund des Friedensvertrages ein obligatorisches Recht auf den Kohlenbezug aus Schlesien habe, könne Deutschland wenig Trost herleiten, da Polen erklären würde, daß es keine Kohlen zur Ausfuhr habe. „New Statesman“ ist der Meinung, daß Deutschland Oberschlesien viel dringender braucht als Polen, schon um die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen. Oberschlesien als Teil Deutschlands sei wirtschaftlich und kulturell auf viel höherer Stufe, als dies der Fall wäre, wenn es ein Teil Polens wäre. Mit Rücksicht auf die Zustände in Polen sei die Zukunft eines polnischen Oberschlesiens wenig aussichtsreich. Die von der deutschen Reichsregierung gewährte Autonomie werde auch die Mehrheit schlesischer Polen befriedigen. „New Statesman“ beurteilt sodann den in Oberschlesien ausgeübten Terror, der nach verschiedenen Nachrichten von französischen Behörden unterstützt wäre und deutet an, daß die Ausweitung von Mrs. Burton beweise, daß die Franzosen dort etwas verheimlichen wollten.

„Observer“ tritt ebenfalls nachdrücklich für ein deutsches Oberschlesien ein, das niemals zum polnischen Nationalstaam gehört habe. Außerdem sei Deutschland auf die ober-schlesischen Bodenschätze angewiesen. „Observer“ bedauert die von den Alliierten angeordneten mehrfachen Abstimmungsstermine, die die Polen begünstigten. Die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland würde ein Unglück für Europa sein.

Osterreich vor dem Hungertod!

Nahrungsmittel nur noch für einige Tage.

Nach einer Meldung aus Wien hat jetzt die österreichische Regierung die französische amtliche benachrichtigt, daß sie vom 15. Januar an nicht mehr in der Lage sei, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Die französische Regierung sandte einen Beamten zur Untersuchung und schleunigen Berichterstattung nach Wien. Nach den letzten in Paris eingetroffenen Nachrichten ist die Lage Wiens so ernst, daß die österreichische Regierung den Gedanken erwägt, ihre Macht an die Verbündeten abzutreten, damit diese sie durch die Wiederherstellungskommission ausüben lassen. Man beschäufert in Frankreich, daß Osterreich in seiner Verzweiflung den letzten